



Oliver Malchow wurde gewählt

Berlin – Oliver Malchow hat es geschafft! Der GdP-Landesvorsitzende gehört künftig dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der mit rund 170 000 Mitgliedern größten deutschen Berufsvertretung der Polizei an. Damit ist Malchow der erste Schleswig-Holsteiner, dem der Sprung an die Spitze der Gewerkschaft der Polizei gelungen ist. Beim dreitägigen Kongress in der Bundeshauptstadt wurde Malchow zum Schriftführer des neunköpfigen Gremiums gewählt.

Bis es soweit war, musste sich Oliver Malchow jedoch in Geduld üben. Denn zunächst standen die geheimen Wahlen verschiedener anderer Vorstandsmitglieder an. So wurden zuvor neben dem Bundesvorsitzenden auch vier Stellvertreter in geheimer Wahl gewählt. Dann jedoch wich die spürbare Anspannung des 47-Jährigen, und die Freude über seine Wahl stand ihm buchstäblich ins Gesicht geschrieben.

Die aus 18 GdP-Landesbezirken und Bezirken entsandten rund 254 Delegierten, darunter mit Kristin Stielow, Monika Heun, Frank Poster, Torsten Jäger, Kai Richter, Uwe Weßler und Andreas Sankewitz auch sieben aus Schleswig-Holstein, hatten ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu bewerkstelligen. Sie wählten nicht nur den Geschäftsführenden Bundesvorstand, sondern hatten an zwei Tagen über insgesamt 225 Anträge zu befinden und bestimmten damit die personellen wie inhaltlichen Weichen der GdP für die kommenden vier Jahre. Dass dieses Mammutprogramm erfolgreich absolviert werden konnte, lag auch an einer mit viel Geschick und souverän durch den Kongress führenden Versammlungsleitung, der unter anderem Matthias Pusch angehörte.

Neben ihm, den Delegierten und dem Landesvorsitzenden wohnten auch Manfred Börner und Andreas Kropius (Beirat), Michael Rohde, Friedrich Hauska, Ingo Wiedemann sowie GdP-Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr und Landes-



Die schleswig-holsteinischen Teilnehmer am Bundeskongress: Andreas Sankewitz, Frank Poster, Oliver Malchow, Torsten Jäger, Kristin Stielow, Kai Richter, Ingo Wiedemann, Uwe Weßler, Frank Lassen, Friedrich Hauska, Monika Heun, Karl-Hermann Rehr, Matthias Pusch, Thomas Gründemann, Manfred Börner, Andreas Kropius und Michael Rohde.

Foto: Uwe Robra, GdP Niedersachsen

redakteur Thomas Gründemann dem bedeutsamsten gewerkschaftlichen Event in der Bundeshauptstadt bei. Monika Heun, Manfred Börner und Andreas Kropius erläuterten am Rednerpult Auffassungen des schleswig-holsteinischen Landesbezirks.

Und auch viel politische Prominenz beehrte den GdP-Kongress. So gehörten neben Bundespräsident Christian Wulff, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zu den Großrednern.

Seinen Blick richtete der Kongress auch auf die Sorge um die wachsende „Gewalt gegen Polizisten“. So wurden die Teilnehmer Zeugen einer lebhaften Podiumsdiskussion mit dem Leiter des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen, Professor Pfeiffer, dem neuen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut und Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck. Zwei Polizisten aus Hamburg ergänzten die Runde und berichteten über ihre Erfahrungen im praktischen Alltag. Am Ende waren die schleswig-holsteinischen Teilnehmer an-

getan von der Organisation und vom Verlauf des Kongresses.

Wie andere war auch Kristin Stielow erstmals bei einem Bundeskongress dabei. „Ich war begeistert von der Podiumsdiskussion mit dem Professor Pfeiffer. Schade, dass sich der Politiker aus Hamburg so schnell aus der Affäre gezogen hat“, so Stielow. Vom Rahmen des Kongresses sei sie beeindruckt gewesen. Außerdem hätten die hochrangigen Gäste alleine durch ihr Erscheinen der GdP doch einiges an Wertschätzung entgegengebracht, dies aber auch in ihren Reden zum Ausdruck gebracht, so die GdP-Delegierte, die zudem auch der Mandatszählkommission angehörte. Und für Torsten Jäger und Uwe Weßler war es ebenfalls der erste Kongress. „Interessant und neu war für mich, Spitzenpolitiker der Bundesrepublik Deutschland relativ hautnah zu erleben“, berichtet Jäger. Er sei aber angetan gewesen, so viele „Gleichgesinnte“ zu treffen und sich auszutauschen. „Ich hatte das schöne Gefühl, sehr engagierte Menschen um mich zu wissen. Es war ein starkes ‚Wir-Gefühl‘ unter den Schleswig-Holstei-

Fortsetzung auf Seite 2



GdP-BUNDESKONGRESS



Oliver Malchow mit dem neuen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut (r.) und dessen Vorgänger Konrad Freiberg.

Fotos (4): Thomas Gründemann



Matthias Pusch (Foto) engagierte sich in der Versammlungsleitung. Monika Heun (unten l.) und Manfred Börner (unten r.) gingen für die schleswig-holsteinische GdP „in die Bütt“.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 2/2011:
Donnerstag, 6. Januar 2011



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Fortsetzung von Seite 1

nischen GdP-Vertretern zu spüren und es entstand mehr Vertrautheit“, erläutert Torsten Jäger. Wie Kristin Stielow habe es auch ihm besonders Professor Pfeiffer angetan. „Ein rhetorisch äußerst brillanter Wissenschaftler, der aufgrund seiner Untersuchungen unseren Beruf, unsere Schwierigkeiten genau richtig einschätzt und uns ein ganzes Stück weiterbringen wird“, lobt Jäger den Leiter des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen. Und auch für Uwe Weßler wird seine erste Teilnahme in guter Erinnerung bleiben. Bemerkenswert für Weßler war, dass neben dem Bundespräsidenten auch der Bundesinnenminister da gewesen sei, auch wenn er die GdP zur Mäßigung in ihren Aussagen aufgefordert habe. Und Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD, habe vielen Delegierten aus dem Herzen ge-

sprochen. „Vor allem war es ein gutes Gefühl, zu denen zu gehören, die mit ihrer Meinung offensichtlich parteiübergreifend geschätzt werden. Ein gutes Gefühl, einer Gewerkschaft anzugehören, die Einfluss hat und nimmt“, so Weßler. Auch habe er positiv registriert, dass die von den Politikern gesendeten Signale vom neuen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut sofort aufgenommen worden seien. Beeindruckt hätte ihn auch der DGB-Vorsitzenden Sommer, der redgewandt und ohne abzulesen die wichtigen gesellschaftlichen Themen mit der Arbeit der Polizei in Zusammenhang gestellt habe. „Das fand ich prima und natürlich seine Aussage, dass die GdP das ‚Kompetenzzentrum‘ des DGB in Fragen der inneren Sicherheit ist“, so Uwe Weßler. **T. Gründemann**

Ein umfassender Bericht zum Bundeskongress ist im Bundesteil dieser Ausgabe nachzulesen.



GORLEBEN-EINSATZ

Als ob es kein Ende nimmt

300 Polizisten aus Eutin waren im Wendland im Einsatz. Sie arbeiteten bis zu 35 Stunden am Stück, wurden attackiert – und mussten dabei freundlich bleiben.

Eutin – Unwohl. So habe er sich gefühlt, als er im brennenden Fahrzeug saß. Norbert Heisch (44), Polizist aus Eutin, saß als Kommandant im Sonderwagen „SH 1“. Neben ihm zwei Kollegen. Draußen auf dem matschigen Waldweg 50 Vermummte, die gegen den Castor-Transport demonstrierten. Steine gingen auf den Wagen nieder, einer, dick wie ein Lexikon, traf mit Wucht die gepanzerte Frontscheibe, sie splitterte. Das Dach des Fahrzeugs brannte. Unwohl, sagt Norbert Heisch.

Die Proteste gegen den Atommülltransport von La Hague nach Gorleben in den vergangenen Woche waren die größten, die es im Wendland je gab. Zehntausende demonstrierten, 20 000 Polizisten waren im Einsatz. Aus Eutin waren zwei Einsatzhundertschaften mit insgesamt 300 Beamten vor Ort, um den Transport der Castor-Behälter auf Schienen und Straßen ins Zwischenlager zu sichern. Donnerstagnachmittag brachen die Beamten in Eutin auf, am Dienstagabend kehrten sie zurück. In der Zwischenzeit gerieten sie an den Rand ihrer Kräfte. Und teilweise darüber hinaus. Bis zu 35 Stunden ohne Pause waren die Beamten im Einsatz – nachdem sie sich zuvor drei Stunden ausgeruht hatten. „Es waren exorbitante Dienstzeiten“, sagt Ulf Witt, Leiter der 1. Einsatzhundertschaft. „Das ist nicht nur körperlich, sondern insbesondere psychisch belastend.“ Wenn die Polizisten schon 25 Stunden auf den Beinen sind und von 2000 Blockierern immer noch keiner weggetragen ist, „haben gerade junge Leute das Gefühl, es nimmt kein Ende.“

Doch es ist nicht nur die Dauer des Einsatzes. Temperaturen unter null Grad, kaum Essen, kilometerlange Märsche – und das alles mit einer 15 Kilogramm schweren Schutzausrüstung am Körper. Im Einsatz an den Gleisen, fern von den zentralen Stellen, gibt es keine warme Suppe, keinen Kaffee, keine Toilette. „Wir Frauen trinken möglichst wenig, damit wir nicht aufs Klo müssen“, verrät Gruppenführerin Nadine Träger (32). Und riskieren, zu dehydrieren. Ein Snickers war das einzige, was sie in 25 Stunden aß. Nahrung und Wasserflaschen sind schwer und schnell aufge-



Der brennende Sonderwagen im Wald. Demonstranten legen Feuer unter dem Fahrzeug, Fotografen machen Bilder.

braucht, zu den meisten Polizisten drangen die Versorger nicht vor. Einige Eutiner Beamte hielten nicht durch: Unterkühlung, Übermüdung, Erschöpfung.

Für alle anderen heißt es, auch nach mehr als 20 Stunden auf den Beinen, übermüdet, durchgefroren, hungrig, permanent unter Strom: Ruhe bewahren. Freundlich sein. Geduldig bleiben. Sachlich. Auch wenn man beschimpft wird. Auch wenn jemand die Hand zum Steinwurf hebt. „Man muss ständig mit den Leuten sprechen, erläutern, wiederholen. Das wird schwer, wenn keine Energie mehr da ist und man schon viel mit sich selbst zu tun hat“, weiß Nadine Träger.

Glücklicherweise sei im Wendland die große Mehrheit der Menschen friedlich gewesen, berichten die Polizisten. „Die wollen ihre Überzeugungen durchsetzen, und das kann ich auch nachvollziehen“, sagt Nadine Träger. Aber dann waren da noch die anderen – wenige nur, die aber sehr viel Kraft kosten. Leute, die auf Kravall aus sind.

Es beginnt mit Provokationen, Rempeleien, Schubsern. Und bei Stein- und Flaschenwürfen ist noch lange nicht Schluss. In Pulken, ausgestattet mit Protektoren, Planen und Stroh Säcken, versuchten Demonstranten, die Polizisten zu überrennen. Sie schossen Reizstoffgranaten ab. Und sie setzten den Einsatzwagen „SH 1“ in Brand.

Norbert Heisch und seine Kollegen waren mit zwei Fahrzeugen im Wald unterwegs zu einem Einsatzort. Plötzlich lagen Personen auf dem Weg. Nichts Be-

sonderes. Bis sie probierten, auf die Wagen zu klettern, die Außenspiegel abrisen. Und dann waren da plötzlich die Vermummten. Sie kamen aus dem Dickicht, 40, 50 Leute. In den Händen Flaschen mit Brandsätzen, sie flogen aufs Autodach, auf die Scheiben, gegen die Spiegel. Ein Demonstrant legte Feuer unter dem Tank. „Das stimmt schon nachdenklich“, sagt Norbert Heisch. Ulf Witt und Ulf Schnoor, Leiter der 2. Hundertschaft, nicken. Es ist die Erfahrung, aus der sie ernüchert sprechen: „Dass Leute verletzt werden könnten, ist denen egal.“ Und: „Die Hemmschwelle sinkt.“

Natürlich mache das auch wütend, sagen die Beamten, als sie danach gefragt werden. Aber sie lächeln dabei. Niemand redet sich in Rage, keiner vergeift sich beim Erzählen im Ton. „Man muss das abhaken und mit dem nächsten Demonstranten wieder vernünftig umgehen“, sagt Nadine Träger.

Für die Polizisten ist es ein großes Problem: Sich wieder zurückzunehmen. Die Alarmbereitschaft und das Adrenalin, das im Angesicht gewaltbereiter Kravallmacher den Körper flutet, im Zaum zu halten. Wieder ruhig, sachlich und freundlich gegenüber friedlichen Demonstranten zu sein, wo sie eben noch um ihre Gesundheit bangten. Die Verhältnismäßigkeit zu wahren, das sei sehr schwer, sagt Norbert Heisch.

Er und seine Kollegen hatten jetzt zwei Tage frei. Wirklich erholt habe sie sich

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

nicht, sagt Nadine Träger. Dafür ist es vorläufig zu spät. Heute ist die 1. Einsatzhundertschaft in Hamburg. Zur Demonstration gegen die für kommende Woche angesetzte Innenministerkonferenz werden 4000 Leute erwartet. „Die Demo endet im Schanzenviertel und ist in der Regel immer gewalttätig“, sagt Ulf Witt. Er klingt ein bisschen müde und ein bisschen resigniert, aber er klingt auch sachlich. Das ist der Job.

Sina Wilke,
Ostholsteiner Anzeiger

GdP-LEISTUNGEN**GdP-Phone
kommt!**

Neuer Service der
GdP Schleswig-Holstein

WESTERRÖNFELD. Der GdP-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 30. November 2010 den Weg für das GdP-Phone freigemacht. 2011 erhalten alle GdP-Mitglieder Post vom GdP-Landesbezirk mit den persönlichen Unterlagen für diese neue Service-Leistung. Unter dem Stichwort „GdP-Phone 2.0“ können dann GdP-Mitglieder kostenfrei untereinander und auch ins deutsche Festnetz telefonieren. In dieses Service-Angebot sind auch die Partner bzw. Angehörige der GdP-Mitglieder eingeschlossen. Der Provider ist Vodafone.

Das bereits in vielen GdP-Landesbezirken praktizierte Modell findet großen Anklang und stellt einen ganz besonderen GdP-Service dar: Keine Grundgebühr, kein Mindestumsatz, keine Kosten bei Gesprächen ins deutsche Festnetz, keine Gebühren bei Telefonaten der GdP-Mitglieder (und deren Partnern mit GdP-Phone) untereinander!

Die Verteilung der Antragsunterlagen mit dem Anschreiben des GdP-Landesvorsitzenden Oliver Malchow hat bereits begonnen. Zusätzlich können auch zu günstigen Konditionen Mobiltelefone bestellt werden. Auch gibt es Smartphones und andere neueste Entwicklungen auf dem Gerätesektor.

Wer mehr wissen will, kann im Internet surfen: www.gdp-phone.de (Mitgliederbereich, Login erforderlich). **K.-H. Rehr**

**„Zahlen ja,
gute Versorgung nein!“**

Heilfürsorgebestimmungen in Überarbeitung

Kiel – Das Innenministerium hat durch eine Arbeitsgruppe die Landesverordnung über die Gewährung von Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr und des Polizeivollzugsdienstes im Lande Schleswig-Holstein, kurz Heilfürsorgeverordnung (HFVO), überarbeiten lassen. Nach dem Willen der Verfasser soll die Heilfürsorgeverordnung fortgeschrieben und redaktionell überarbeitet werden. Das klingt nach einer simplen Maßnahme, ohne dass der Kern der Verordnung angefasst wird.

Umso erstaunter ist der geneigte Leser, wenn bereits im 1. Paragraphen der neue Satz auftaucht, dass „die Heilfürsorgeberechtigten nach dem Landesbeamtengesetz zur Erhaltung ihrer Gesundheit verpflichtet sind“. Einmal davon abgesehen, dass diese Weisheit allen Beschäftigten hinreichend bekannt ist, stellt sich die Frage, was diese Tonwahl in einer Verordnung soll, die vom Charakter her ein Werk ist, das den Leistungsumfang medizinischer Versorgung für den Adressatenkreis beschreibt. Was soll dieser Satz? Soll der Empfänger ermahnt werden, dass, wenn er nicht alles für seine Gesundheit tut, er mit Sanktionen des Beamtenrechts rechnen muss? Diese Schärfe ist unangemessen in der Heilfürsorgeverordnung und wird der Tatsache nicht gerecht, dass die Leistungsempfänger nicht mehr nur vom Dienstherrn versorgt werden. Vielmehr sind sie Partner im Rahmen der Gesundheitsversorgung, denn schließlich erkaufte sich jeder den Leistungsanspruch mit seinem Eigenanteil. Der Bundesinnenminister sprach auf dem Bundeskongress der GdP in Berlin von Freier Heilfürsorge. Die sieht wahrlich anders aus. Und wenn sie in Schleswig-Holstein nicht mehr frei sondern kostenpflichtig ist, dann wollen die Betroffenen auch wie Gleichberechtigte behandelt werden. Ermahnungen sind dann fehl am Platz.

Leider haben die Verfasser den Text aber auch nicht nur redaktionell überarbeitet. Ganz nebenbei wird die Leistung der Vasektomie und Sterilisation unter das Erfordernis der medizinischen Notwendigkeit gestellt. Damit wird allen, die die Empfängnisverhütung über diese

Methoden regeln wollen, die Möglichkeit genommen, diese Leistung zu erlangen, denn Empfängnisverhütung ist nur in den seltensten Fällen aus medizinischer Sicht erforderlich. Bleibt die bittere Erkenntnis, dass auch weiterhin die Leistungen der Heilfürsorge eingeschränkt werden. Das kriegt man aber sowieso nicht mit, denn wer sich die Mühe macht, die HFVO zu lesen, gibt nach kurzer Zeit auf, weil er bei den vielen Verweisen auf das Sozialgesetzbuch den Überblick verloren hat. Und die wenigsten haben ein solch umfangreiches Werk zur Hand. Und wenn man in ein Krankenhaus eingewiesen wird – ich glaube, weil man richtig krank ist – dann verweist die HFVO auf das Krankenhausentgeltgesetz und die Bundespflegeverordnung. Was soll das, wer kennt denn diese Werke? Sicher ist es notwendig zu regeln, welche Leistungen dem Einzelnen zustehen. Aber es ist auch wichtig, die Leistungen für jeden leicht nachvollziehbar zu machen. Mit den Verweisen auf das Regelwerk der gesetzlichen Krankenversicherung macht man es sich da zu einfach. Und wenn schon der Versorgungsumfang dem der gesetzlich Versicherten angeglichen wurde, dann bitteschön auch ganz. Die gesetzlich Versicherten können sich im Ausland nämlich kostenlos behandeln lassen, weil die Verantwortlichen das durch Verträge geregelt haben. Heilfürsorgeberechtigte treten nach wie vor in Vorkasse. Wenn mir der Verwaltungsaufwand für diesen Personenkreis zu groß ist, die Auslandsversorgung zu regeln, dann bitte nicht zu Lasten der Empfänger. So bleibt nur der Eindruck: „Zahlen ja, gute Versorgung nein!“ Schade!

Uwe Wessler

EINLADUNG!

Schleswig-Flensburg – Seniorengruppe – Gemütliches Beisammensein der GdP-Seniorengruppe Flensburg bei Punsch, Kaffee und Kuchen am Dienstag, 1. Februar 2011, 15.00 Uhr, Offiziers-Kasino, Flensburg-Glücksburg, Meierwik. Anmeldungen bitte bis zum 27. Januar 2011 bei Günter Krappitz, Tel. 04 61/36 36 oder E-Mail: christ1@foni.net



SENIORENGRUPPE AKTUELL

GdP-Senioren bereiten erweitertes Leistungsangebot vor

In einem eintägigen Workshop der GdP erarbeiteten sich 22 Teilnehmer den Komplex Betreutes Wohnen im Aktiv-ProgrammSenioren. Im Überwiegenden waren es die Mitglieder des Landesseniorenvorstandes (LSV).

Zur Entwicklung:

Auf Initiative der GdP-Bundesseniorengruppe beauftragte der GdP-Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe, sich diesem Thema zu nähern und dabei die Erfahrungen des Deutschen Bundeswehrverbands (DBwV) zu nutzen. Das geschah also in einer erfolgreichen, zweijährigen Projektarbeit. Bis schließlich im Frühjahr 2010 der GdP-Landesvorsitzende Frank Poster, also ich, bei einem zweitägigen Seminar die Inhalte kennenlernte, um sie im Landesbezirk Schleswig-Holstein weiter zu vermitteln.

Wie in vielen anderen intimen Bereichen unserer Gesellschaft ist das Thema Betreutes Wohnen schwer an den Mann oder an die Frau zu bringen. Daher werbe ich ausdrücklich dafür, sich dem Thema nicht zu verschließen.

Wie definieren wir den Begriff?

„Beim Betreuten Wohnen wird versucht, die Vorteile eines eigenen Haushalts (Unabhängigkeit und Privatsphäre) mit den Vorteilen eines Heimes (Angebot von Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen, Sicherheit, Barrierefreiheit) zu kombinieren.“

Da der Begriff „Betreutes Wohnen“ gesetzlich nicht geschützt ist, genießt Wachsamkeit höchste Priorität.

Angeboten werden z. B.:

- Seniorenwohnhäuser
- Servicewohnanlagen
- Pflegeeinrichtungen
- Mehrgenerationenwohnhäuser
- Seniorenresidenzen (5-Sterne-Mentalität)
- Und ganz neu: Wohnen in Gastfamilien

Im Workshop fanden wir Antworten z. B. auf Gedanken wie

- Wann ist Betreutes Wohnen sinnvoll?
- Wann muss ich mich entscheiden?
- Wohnen als Eigentümer oder Mieter?
- Welche Leistungen zu welchem Preis?



Das Foto zeigt die GdP-Senioren beim Workshop (gr. Foto) und Frank Poster als Referenten (kl. Foto)

- Checklisten für Auswahl der Einrichtungen bzw. Häuser
- Checklisten für Ausstattung der Einrichtungen
- Kostenübernahme aus Sozialhilfemitteln?

Allerdings gilt in erster Linie das: Viele, viele weitere Fragen sind ganz sicher nur von den Betroffenen zu beantworten. Wir, die GdP, wollen gern beratend hilfreich sein.

Dieses Thema ist mehr und mehr auch im Internet unter dem Oberbegriff „APS“ zugänglich. Dazu muss das GdP-Mitglied im geschlossenen Mitgliederbereich auf der Internetseite www.gdp.de angemeldet sein. Das geht recht einfach. Man wird auf der Seite unterstützend geführt. Die sicherlich überall namentlich bekannten Mitglieder des Landesseniorenvorstandes helfen gewiss weiter. Selbstverständlich helfe auch ich sehr gern (Frank Poster, Tel. 0 43 31/8 98 00, E-Mail: frank.poster@t-online.de)

Der Landesseniorenvorstand macht noch einmal deutlich, dass das Programm APS auch ohne Computer komfortabel ist; dazu fragt unbedingt beim Vorstand nach. Wie schon dargestellt: APS – heißt nicht ausschließlich AktivProgrammSenioren sondern auch AnsprechPartnerSenioren – das wollen wir sein. In einem Teil des Workshops ging es auch um Pflege und Pflegeversicherung. Hierzu hatten wir uns als kompetente Referenten Mitarbeiter der COMPASS Pflegeberatung eingeladen. Die Organisation ist Tochter der Privaten Krankenversicherung (PKV), berät telefonisch aber auch jedermann. Die Beratung ist – und jetzt kommt es – kostenlos. Die individuellen Berater (Zuständigkeit ist nach Postleitzahlen geregelt) sind euren Seniorenvertretern bekannt. Eine Nachfrage lohnt sich.

Gut, dass es sie gibt – die GdP !!!

Frank Poster
Landesseniorenvorsitzender

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte
Skat, Kniffel, Doko am **Freitag, 28. Januar 2011, 19.00 Uhr, Polizeikantine Alemannenstraße 14, 24539 Neumünster.** Gäste sind herzlich willkommen.

Startgeld: 6,00 €. Anmeldungen bitte bis zum 21. Januar 2011 bei Wulf Bruelheide (dienstl.: 04321-945.3110), Eckhard Stachg (dienstl.: 04321-7079946) oder Carsten Gross (dienstl.: 04321-945.2520).



GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Beförderung zum
Justizamtsinspektor m. Zulage

Ralf Günther Junghans, RG Justizvollzug

zum Justizamtsinspektor

Stephan Bauch, Matthias Esrom, Thomas Flatau, Olav Labs, Stephan Laudi, Holger Röhr, Jörg Westphal, RG Justizvollzug

zum/zur Justizhauptsekretär/-in

Tanja Haase, Michael Krützfeld, Stephan Schoer, Ayhan Yilmaz, RG Justizvollzug

zur goldenen Hochzeit

Ulrich Dierig und Ehefrau, RG Schleswig-Holstein Mitte

zur Silberhochzeit

Klaus Schnoor und Ehefrau, RG Kiel-Plön; Andreas Niemand geb. Gäthje und Ehefrau, RG Lauenburg-Stormarn

zur Vermählung

Ulrich Detlef und Ehefrau Dagmar, geb. Lohse, beide RG Lübeck-Ostholstein

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Kiel-Plön wurden fünf Kollegen für langjährige Gewerkschaftstreue ausgezeichnet: Heinz Fritzer (40 Jahre), Günter Voß (60 Jahre) und Rolf Röwe (50 Jahre) sowie Bruno Roehr (60 Jahre) und Stefan Kalinowski (25 Jahre). Der Landesvorsitzende Oliver Malchow und der Regionalvorsitzende Karl-Hermann Bruhn nahmen die Geehrten in die Mitte. Foto: Gründemann



In den Ruhestand traten

Wilhelm Kunzmann, RG AFB; Klaus Boese, Bruno Wojke, RG Kiel-Plön; Peter Johnsen, RG Lübeck-Ostholstein; Klaus-Dieter Knüppel, RG Schleswig-Flensburg; Ernst Willi Gawlich, RG Schleswig-Holstein Mitte; Wolf-Dietrich Menzel, RG Segeberg



Einen besonderen Geburtstag feierte Willy Foth am 8. Dezember. Das GdP-Gründungsmitglied wurde 90 Jahre alt und von Andreas Sankewitz, dem Vorsitzenden der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein, beglückwünscht.

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

JUNGE GRUPPE

„Diskussion für alle Interessen förderlich“

Diskussion der JUSOS Kiel zur „Kennzeichnung von Polizeibeamten“

Anfang November fand die Veranstaltung der JUSOS Kiel zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten statt. Für die angestrebte Diskussion zur Sinnhaftigkeit und Ausgestaltung einer individuellen Kennzeichnung wurde auch ein Vertreter der JUNGEN GRUPPE SH ins „Gutenberg“ nach Kiel geladen. Bei Vorstellung und Begründung der Standpunkte wurde schnell festgestellt, dass die Positionen der Anwesenden nicht weit voneinander entfernt waren. Beim Meinungsaustausch wurde vor allem der Wunsch nach einem allgemeinen Informationsaustausch zum derzeitigen Istzustand deutlich.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde als Diskussionsgrundlage eine Statistik von Amnesty International verlesen. In dieser wurde die erschwerte Strafverfolgung beklagt, welche durch nicht zu ermittelnde Personalien der Polizeibeam-

ten entstände. In der anschließenden Aussprache wurde von den Anwesenden festgehalten, dass die Situation im Land Schleswig-Holstein eine Argumentation mit nicht erfolgter oder erschwelter Strafverfolgung nicht zulässt. Die Ermittlung von Straftätern innerhalb der Polizeikräfte wird durch private Videoaufnahmen, die eigene Beweissicherung der Polizei und das für jeden Polizeibeamten geltende Legalitätsprinzip gewährleistet. Ausnahmefälle könnten auch durch eine Kennzeichnung nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Bemängelt wurde, dass Geschädigte, aufgrund der aus ihrer Sicht unmöglichen Ermittlung des Polizeibeamten, von einer Strafanzeige absehen könnten. In der anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass eine generelle Kennzeichnung der Einsatzkräfte kein Allheilmittel für dieses Problem ist und in diesem Fall

eher eine bessere Aufklärung durch Demonstrationsveranstalter und „Antikonfliktteams“ gefordert werden sollte. Nach der Erläuterung, dass die eingesetzten Kräfte bereits durch die vorhandene „Rückenkennungen“ einem Bundesland, einer Hundertschaft, einem Zug und einer Gruppe zuzuordnen sind, wurde durch die Mitglieder der JUSOS ange-regt, dass genau diese Kennung auch auf dem vorderen Teil der Uniform ange-bracht sein sollte. Eine Rückverfolgung auf einen einzelnen Kollegen sei so dem Demonstranten nicht möglich und würde die Persönlichkeitsrechte des Polizeibe-amten schützen.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde von allen Seiten festgestellt, dass ein solcher Informationsaustausch und die offene Diskussion für alle Interessen förderlich sind und auch in Zukunft wiederholt werden sollte. **Henning Riehn**





Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 675,-

Sizilien – Schatzkammer der Geschichte

8-tägige Erlebnisreise, ab Hamburg oder Hannover, Reiseterrmin: 21. bis 28. Juni 2011

Eine Reise nach Sizilien, der größten Insel des Mittelmeeres, ist eine Reise in Raum und Zeit. Sizilien bietet seinen Besuchern eine landschaftliche Vielfalt, die auf diesen Breitengraden kaum erwartet werden kann. Freuen Sie sich auf zauberhafte Küstenstriche, Orangenhaine, Palmen und Zypressen, die den Ätna umgeben, und beeindruckende Gebirgslandschaften im Landesinneren. Sizilien ist eine Schatzkammer der Geschichte im angenehmen Klima des südlichen Mittelmeeres, eine Insel voll italienischer Lebensart.

Ihr Hotel: Das beliebte Mittelklassehotel Santa Lucia (3***-Kategorie) liegt in Cefalù, in einer malerischen Krümmung der Küstenlinie an der westlichen Spitze der Bucht von Cefalù. Den 200 m entfernten Sand- / Kieselstrand erreichen Sie durch die Bahnunterführung und über Treppen.

Ausstattung: Swimmingpool, Lobby mit Rezeption, Lift, großzügige Speisesäle, Aufenthaltsräume mit TV, Pianobar (Blue Bar), Poolbar sowie eine Cafeteria. **Zimmer:** Bad oder Dusche/WC, Föhn, Sat-TV, Safe, Kühlschrank und Telefon ausgestattet.

Sport/Unterhaltung: Tennishartplatz, eine Bocciabahn sowie Tischtennis inklusive. **Verpflegung:** Frühstück in Buffetform, das Abendessen wird am Tisch serviert.

Unsere Leistungen:

- Charterflug in der Economy Class von Hamburg und Hannover mit Air Berlin
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren*
- Luftverkehrssteuer*
- ÖPNV-Coupon
- 7 Nächte im Hotel Santa Lucia
- inklusive Halbpension
- Begrüßungscocktail
- Ausflug: unbekanntes Sizilien
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer
- Insolvenzversicherung

Fakultatives Ausflugspaket:

- Palermo und Monreale, ganztägig
- Ätna und Taormina, ganztägig
- Agrigento und Villa del Casale, ganztägig
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

Veranstalter:

DERTOUR GmbH & Co. KG, 60424 Frankfurt am Main

Mindestteilnehmer: 30 Personen

* (Stand: 11/2010)



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Lübeck
 Hans-Böckler-Straße 2
 23560 Lübeck

Telefon 0451 / 5021736
 Telefax 0451 / 5021758

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

Frühbucker-Ermäßigung
 €50 p.P. bei Buchung
 bis 31.01.2011!



8 Tage Donaukreuzfahrt zum Superpreis Passau-Budapest-Passau schon für € 899

Ihre Reise: 8 Tage Kreuzfahrt in einer Außenkabine • Vollpension (täglich 3 Mahlzeiten) • Kaffee/Kuchen und Mitternachtssnack je nach Programm • Kapitäns-Dinner und Kapitäns-Cocktail • nicko tours Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung • Kostenloses nicko tours Audio-Set mit Kopfhörer bei allen Ausflügen



Preise pro Person in Euro	
3-Bett Mitteldeck	899
2-Bett Hauptdeck achtern	999
2-Bett Hauptdeck	1.099
2-Bett Mitteldeck	1.199
2-Bett Oberdeck	1.299
Alleinbenutzungszuschlag	350

Ihre Anreise-Möglichkeiten	
Busreise von über 120 Orten zum Schiff und zurück; Zone 1: €119 pro Person; Zone 2: €139 pro Person; Zone 3: €159 pro Person	
Haustürabholung zum Bus (Hin- und Rückfahrt) schon ab €40 p. P.	
Deutschlandweite Bahnreise (2. Klasse) nach Passau Hbf. und zurück; Mit Bahncard €89 pro Person; Ohne Bahncard €119 pro Person	
Bei Eigenanreise mit PKW: Bewachte Stellplätze in Passau: Garagenhof €53; Parkhaus €65	
Hotelverlängerung in Passau (nur bei PKW- und Bahnreise) schon ab €58 pro Person	

Reisetermin	
19.09.-26.09.2011	

MS FIDELIO: Beliebt, deutschsprachiges Schiff der Komfortklasse. Alle Kabinen sind Außenkabinen mit DU/WC • Sat-TV • Bordtelefon • regulierbarer Lüftung • Panoramasalon mit Bar • Panorama-Restaurant • Sauna, Whirlpool, Fitnessgeräte • Nichtraucher-Schiff

Ausflugspaket: 6 Ausflüge €149 pro Person

Nicht enthalten: Individuelle An- und Abreise, Ausflüge, Versicherungen, Getränke, Trinkgelder (Empfehlung €5-7 pro Person/Tag), sonstige persönliche Ausgaben



Infos und Buchung bei PSW-Reisen - Das Reisebüro der GdP

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck • Tel. (0451) 50 21 736 • Fax (0451) 50 21 78 • psw-reisen.luebeck@t-online.de • www.psw-tours.de
 Bürozeiten: Mo - Do 08:30 - 17:00 Uhr • Fr 08:30 - 15:30 Uhr



Und was sonst noch so war ...

5. November

Das Bundesfinanzministerium weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass es für 2011 keine Lohnsteuerkarten aus Papier mehr gebe. Laut Ministerium vereinfache und beschleunige das elektronische Verfahren den Kontakt zwischen Steuerpflichtigem und Finanzamt. Wer Fragen zu dem Verfahren hat, soll sich nach dem 1. Januar 2011 an sein zuständiges Finanzamt wenden. Geht es um Meldedaten – zum Beispiel Familienstand, Geburt und ähnliches – bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit; dann ist die kommunale Gemeinde zuständig. Weitere Informationen: www.elster.de

8. November

FORSA forscht zur Beliebtheit des Öffentlichen Dienstes. Das Image von Beamten und Beschäftigten soll in der Bevölkerung erforscht werden. Einer Mitteilung der Zeitschrift „Behörden Spiegel“ zufolge werden entgegen alter Klischees über träge und bürokratische Staatsdiener Beamte heute in ihrer Berufsausübung grundsätzlich positiv wahrgenommen: 77% bezeichnen die Beamten als pflicht-, 75% als verantwortungsbewusst. Ganz oben auf der Image-Skala erscheinen die Feuerwehrleute.

9. November

Im e-Briefkasten heute eine Pressemeldung der FDP-Fraktion, vom Abgeordneten Gerrit Koch: „Im Namen der FDP-Landtagsfraktion bedanke ich mich bei den Beamtinnen und Beamten der schleswig-holsteinischen Landespolizei für den sicher nicht einfachen Einsatz bei dem Castor-Transport. Der letzte Castor-Transport war mit ca. 92 Stunden der längste in der Geschichte und stellte damit auch die Polizei vor neue Strapazen.“ Wir meinen: „Gute Reaktion und nachahmenswert.“

18. November

Um 9.00 Uhr tritt die Tarifkommission des Landesbezirks im Sitzungsraum der Geschäftsstelle zusammen. Ihre Aufgabe: Was ist angemessen für die 2011 anstehenden Tarifverhandlungen? Mit welcher Forderung sollen die Gewerkschaften antreten? Klaus Boese, Vorsitzender der Tarifkommission, berichtet dazu von seinen Erkenntnissen in der Großen Tarifkommission der GdP auf Bundesebene. Das Ergebnis der mehrstündigen Beratungen in Kiel: 4%, mindestens aber 110 € und keine Einbeziehung von Verhandlungen zur Entgeltordnung.

23. November

Vor dem Landesarbeitsgericht in Kiel steht heute ein Eingruppierungsstreit für die Angestellten in der Kriminalaktenhaltung an. Karin Barckmann, die auch Klägerin in der selben Sache ist, berichtet uns in der GdP-Geschäftsstelle, dass die Sache gewonnen wurde. Das Landesarbeitsgericht ließ eine Revision nicht zu. Die näheren Einzelheiten lägen noch nicht vor, es handele sich dabei um eine telefonische Auskunft aus der Geschäftsstelle der Kammer.

26. November

In Berlin geht es zwischen Senat und der dortigen GdP richtig rund. Hintergrund ist die Anordnung des Polizeipräsidenten, dass sich alle Polizeibeamten namentlich kennzeichnen lassen müssen. Sie sollen künftig auf der Grundlage dieses Beschlusses entweder mit einer Nummer oder dem Namen gekennzeichnet werden. Michael Purper, Vorsitzender der GdP Berlin: „Es ist nicht vorgesehen, zum Schutz der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien eine Sperrung der persönlichen Daten im Melderegister und eine regelmäßige Rotation der Nummernkennzeichnung vorzunehmen.“

29. November

Noch in der letzten Ausgabe hatten wir darüber berichtet, dass die vom GdP-Landesbezirk und ihren Untergliederungen ausgegebenen Reisegutscheine der Unternehmensgruppe REWE (ITS, Jahn oder Tjaereborg) zum 31. Dezember 2010 gekündigt wurden. Jetzt wird das Gutscheinvorverfahren fortgesetzt, allerdings von der Thomas-Cook-Gruppe (Neckermann, Bucher, Thomas Cook). Damit kann das beliebte und vielfach genutzte Verfahren weiter angewendet werden.

30. November

Das Thema „Entnahme von Blutproben“ setzt sich kontinuierlich fort. Wir berichteten über die Initiative der norddeutschen Innenminister, auf eine Änderung der StPO, die den Richtervorbehalt kippen soll. Der Landtagsabgeordneten Thomas Fürther mit seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht gebeten, der die aktuelle Situation bei der Entnahme von Blutproben in der Strafverfolgung darstellen soll. Allein die folgende Statistik spricht für sich:

	2008	2009	2010 (1. Halbjahr)
Alkoholdelikte			
§ 24a Abs. 1 StVG (Ordnungswidrigkeit, Beweis meist nur über AAK-Wert ohne Blutprobe)	1345	1246	538
§ 316 StGB	3231	2965	1152
§ 315c StGB	819	761	266
Drogendelikte			
§ 24a Abs. 2 StVG (Ordnungswidrigkeit)	2960	2472	798
§ 316 StGB	123	226	109
§ 315c StGB	64	72	22
Gesamt	8642	7742	2885

Allerdings weist die Landesregierung auf Folgendes hin: „Das polizeiliche Verkehrslagebild zu Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, das sowohl Unfälle als auch sog. folgenlose Fahrten unter Rauschmitteleinsatz umfasst, ist ebenfalls für einen ‚Vorher-Nachher‘-Vergleich nicht aussagegenau belastbar. Für die Jahre 2008, 2009 und das 1. Halbjahr 2010 ergeben sich die genannten Zahlen, wobei berücksichtigt werden muss, dass bei den Angaben zu ordnungswidrigen Alkoholfahrten nach § 24a Abs. 1 StVG überwiegend keine Blutproben, sondern Atemalkoholmessungen (AAK-Wert) zugrunde lagen.“ (**Drucksache 17/1044**)

1. Dezember

Mit klaren Worten haben sich die CDU-Landtagsabgeordneten Susanne Herold und Petra Nicolaisen von den Aussagen des Landesrechnungshofpräsidenten Dr. Alois Altmann zur JVA Flensburg distanziert. Sie sagen: „Es steht Herrn Altmann nicht zu, bei einem so hochbrisanten Thema so eindeutig Stellung zu beziehen. Dabei ist seine Einmischung eine offensichtlich nur allzu durchsichtige Parteinahme. Sie steht ihm nicht zu, weil er damit seine Kompetenz als Prüfinstanz überschreitet. Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt sind politische Entscheidungen, die nur das Parlament zu fällen hat. Außerdem bauen seine Wertungen auf einer Wirtschaftlichkeitsprüfung des Ministeriums auf, die längst durch andere Zahlen mehr als in Frage zu stellen sind. Dass das Justizministerium sich hier Rückendeckung vom LRH holen muss, macht deutlich, auf was für wackeligen Füßen dieses Projekt steht. Und es weist darauf hin, dass die Maßnahme nicht entscheidungsreif ist. Konsequenterweise muss die Entscheidung zur Schließung der JVA ausgesetzt werden.“

